



*verantwortlich leben
solidarisch handeln*

Verfassungspatriotismus und Leitkultur

Norbert Lammert

Kölner Schriften
des Kolpingwerkes Deutschland

Band 2



Der Bundesvorsitzende des Kolpingwerkes Deutschland, Thomas Dörflinger MdB, begrüßte den Redner Dr. Norbert Lammert und die Gäste der ersten Kölner Gespräche 2006 im Kolpinghotel International in Köln.



Bundespräsident Msgr. Alois Schröder bedankte sich bei Dr. Norbert Lammert für die zum Nachdenken anregenden Impulse und die deutlichen Worte.



Auch während des musikalischen Intermezzos hörten die Gäste der „Kölner Gespräche“, unter ihnen Generalpräsident Msgr. Axel Werner (vordere Reihe, 2. v. r.), aufmerksam zu.

Verfassungspatriotismus und Leitkultur

Rede des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert bei den „Kölner Gesprächen“ des Kolpingwerkes Deutschland am 5. März 2006.

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolpingschwestern und Kolpingbrüder!

Im Jahre 2006 haben wir zum ersten Mal die „Kölner Gespräche“ durchgeführt. Sie sind eine neue und noch junge Veranstaltungsform des Kolpingwerkes Deutschland. Mit ihr greifen wir Themen auf, die in den Kontext unserer Arbeit als katholischer Sozialverband gehören. Gesellschafts- und kirchenpolitische Fragestellungen werden thematisiert und diskutiert. So bringen wir einen intensiven und öffentlichen Diskurs über relevante Positionen unseres Verbandes in Gang. Die „Kölner Gespräche“ fokussieren inner- und außerverbandliche Fragen und Themen und verdeutlichen so das gesellschaftspolitische Profil des Kolpingwerkes Deutschland. Jeweils zu Beginn eines Jahres sind sie wie eine aktuelle Zeitansage, die besondere Schwerpunkte unserer Arbeit bewusst machen und zu deren konsequenter Realisierung motivieren will.

Bekannte und fachkompetente Persönlichkeiten werden als Referenten gewonnen. Sie bringen ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus Politik, Gesellschaft, Kirche, Kultur, Wirtschaft etc. zu Gehör. Zu den „Kölner Gesprächen“ werden Leitungsverantwortliche und Multiplikatoren des Kolpingwerkes auf Bundes- und Diözesanebene eingeladen, ebenso Repräsentanten anderer Verbände und Organisationen des gesellschaftlichen und kirchlichen Lebens. Die „Kölner Gespräche“ führen Menschen zusammen, die bereit sind, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren.

Folgende Themen standen bisher im Vordergrund:

- 2006 „Verfassungspatriotismus und Leitkultur“
Referent: Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert
- 2007 „Die Kirche und das liebe Geld“
Referent: Dompropst Dr. Norbert Feldhoff
- 2008 „Von innen her leer?“
Analyse und Perspektive für Kirche und Verbände
in Deutschland
Referent: Dr. Daniel Deckers, Redakteur der Frankfurter
Allgemeinen Zeitung

Im Band 2 der Kölner Schriften des Kolpingwerkes dokumentieren wir den Beitrag von Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert und empfehlen ihn Ihrer aufmerksamen und interessierten Lektüre. Die Beiträge der „Kölner Gespräche“ 2007 und 2008 werden demnächst ebenfalls in dieser Schriftenreihe veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Dörflinger MdB
Bundesvorsitzender

Ottmar Dillenburg
Bundespräsident

Dr. Norbert Lammert, CDU/CSU

Diplomsozialwissenschaftler

Präsident des Deutschen Bundestages



Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert
bei den Kölner Gesprächen 2006

Geboren am 16. November 1948 in Bochum;
katholisch; verheiratet, vier Kinder.

Abitur 1967, Wehrdienst 1967 bis 1969.

Anschließend Studium der Politikwissenschaft,
Soziologie, Neueren Geschichte und Sozialökonomie
an den Universitäten Bochum und Oxford (England)
von 1969 bis 1975; Diplom 1972, Promotion zum
Doktor der Sozialwissenschaften 1975.

Freiberufliche Tätigkeit als Dozent in der Erwachsenenbildung und Weiterbildung bei verschiedenen Akademien, Stiftungen, Verbänden und Firmen.

Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft und Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum, seit März 2001 stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Mitglied der CDU seit 1966; seit 1986 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Ruhr und Mitglied des Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen.

Mitglied des Bundestages seit 1980.

21. April 1989 bis 10. November 1994 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, ab 17. November 1994 beim Bundesminister für Wirtschaft, 15. Mai 1997 bis 26. Oktober 1998 beim Bundesminister für Verkehr.

Oktober 2002 bis 18. Oktober 2005 Vizepäsident und seit 18. Oktober 2005 Präsident des Deutschen Bundestages.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
lieber Kollege Dörflinger,
Herr Generalpräses, Herr Bundespräses,
meine Damen und Herren.

Es gibt Begriffe, die zur Verdeutlichung des Gemeinten eher ungeeignet sind, ohne die aber vermutlich nicht einmal die Debatte zustande käme, die zur Klärung der Auffassung und Absichten dringend geführt werden muss. Mit dem Begriff Leitkultur verhält es sich ziemlich genau so. Er ist als Begriff missverständlich, erklärungsbedürftig, für viele provozierend. Insofern erschwert er die Diskussion die er doch eigentlich befördern möchte. Es geht nicht nur um die Frage „Was unsere Gesellschaft im Innern zusammenhält?“ Es geht mindestens auch darum, ob und wie dieser Zusammenhalt gewahrt, gepflegt und gefördert wird.

Die Suche nach Werten und die Frage nach ihrer Bedeutung, haben, so scheint es, Konjunktur. Im Trend liegt, wer nach Werten ruft, schreibt Peter Hahne in seinem

Bestseller „Schluss mit lustig“. Die drei letzten Bundespräsidenten; den amtierenden eingeschlossen, Roman Herzog, Johannes Rau und Horst Köhler, plädieren übereinstimmend für eine Wiederentdeckung der Werte. Selbst der Entertainer Thomas Gottschalk beklagt in öffentlicher Fernseh-sendung, ich zitiere: „Die Werte in Deutschland sind völlig verrutscht“. Ob Religion in der Luft liegt, Herr Bundespräses, wie sie das heute Nachmittag in der Predigt angesprochen haben, verdient sicher eine genauere Untersuchung. Mindestens aber gibt es so etwas wie eine offenkundige Suche nach Orientierung, ein offensichtliches Bedürfnis nach Halt, wo auch immer und woher auch immer.

Ich will den Versuch unternehmen, einen Überblick über die Debattenlage mit einigen Hinweisen zur Bedeutung dieses Themas und meinen eigenen Erwartungen für die Zukunft zu verbinden. Die längst klassisch gewordene Frage, meine Damen und Herren, ob der moder-

ne, demokratische Verfassungsstaat auf normativen Voraussetzungen beruhe, die er selbst weder schaffen noch garantieren könne, ist zum ersten Mal ausdrücklich in dieser Form in den 60er Jahren vom damaligen Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde gestellt worden. Sie ist seitdem immer wieder aufgegriffen und regelmäßig mit der Einsicht beantwortet worden, dass der säkularisierte Staat seine normativen Grundlagen nicht aus eigenen Ressourcen erneuern könne, sondern ganz offensichtlich auf weltanschauliche, religiöse - jedenfalls auf kollektiv verbindliche, ethische Überlieferungen angewiesen sei. Ein Staat der, selbst aus guten Gründen, neutral gegenüber den unterschiedlichsten Weltanschauungen und Religionen sein soll, sein will und im Interesse einer möglichst breiten Gewährleistung individueller Freiheit auch sein muss, verfügt per Definition nicht über weltanschauliche Quellen, aus denen heraus er seine eigenen Entscheidungen und auch Verfahrensregeln begründen könnte.

Fast 40 Jahre nach der ersten großen, damals von Ernst-Wolfgang Böckenförde ausgelösten Diskussion, haben mit Jürgen Habermas und Joseph Ratzinger die beiden herausragenden Repräsentanten der zeitgenössischen Philosophie und Theologie, dieses alte Thema in einem öffentlichen Gespräch neu aufgegriffen, zu dem die Katholische Akademie Bayern vor ziemlich genau zwei Jahren, im Januar 2004, unter dem Arbeitstitel „vopolitische, moralische Grundlagen eines freiheitlichen Staates“ in München eingeladen hatte. Vopolitische, moralische Grundlagen eines freiheitlichen Staates – jeder einzelne Begriff ist ein Markierungspunkt eines außergewöhnlich komplizierten Themas. Übrigens liegen dieses Gespräch und die ihm zugrunde liegenden Texte inzwischen im Herder Verlag publiziert vor, unter dem Titel: „Dialektik der Säkularisierung – Über Vernunft und Religion“. Wer sich einmal an einem Sonntagnachmittag sowohl die intellektuelle Zumutung als auch das intellektuelle Vergnügen gönnen

möchte, einen komplizierten Text in Ruhe zu lesen, aber mit der verlässlichen Aussicht, einmal etwas mit Gewinn gelesen zu haben, dem kann ich diese schmale Schrift nur wärmstens empfehlen.

Jürgen Habermas weist in seinem Beitrag darauf hin, dass republikanische Gesinnungen sich inzwischen weitgehend von vopolitischen Verankerungen gelöst haben, was sicher zutrifft, die wie ein gemeinsamer religiöser Hintergrund und eine gemeinsame Sprache für die Entstehung einer hoch abstrakten, staatsbürgerlichen Solidarität hilfreich gewesen seien. Heute sagt Habermas, sei das einigende Band der demokratische Prozess selbst. Eine aus meiner Sicht sehr originelle, gleichwohl unzutreffende Vermutung. Das will ich aber jetzt gar nicht weiter kommentieren, weil seine eigenen darüber hinausführenden Überlegungen spannend genug und auch für unser Thema in bemerkenswerter Weise aufschlussreich sind. Habermas spricht ausdrück-

lich von der Gefahr einer, ich zitiere, „entgleisenden Modernisierung der Gesellschaft“. Also eines Modernisierungsprozesses der eine Gesellschaft gewissermaßen aus ihren eigenen Verankerungen hebt und in deren Folge genau die Solidarität ausgezehrt werden könne, auf die der demokratische Staat angewiesen sei, ohne sie erzwingen zu können. „So liegt es auch im eigenen Interesse des Verfassungsstaates, mit all den kulturellen Quellen schonend umzugehen, aus denen sich das Normbewusstsein und die Solidarität von Bürgern speist“. Habermas plädiert für eine selbstkritische Neubestimmung des Verhältnisses von Glauben und Wissen und weist – zweifellos zu Recht – auf die unvermeidlichen Anpassungsprozesse hin, die sich daraus für das religiöse Bewusstsein wie für die moderne, säkularisierte Gesellschaft ergeben. Zwar habe die Religion ihren Anspruch auf ein Interpretationsmonopol, auch auf ein Monopol in der Beurteilung umfassender Lebensgestaltung in einem weltanschaulich, neutralen Staat

verloren (was man als überzeugter Christ nicht nur bedauern muss), denn zu welchen Folgen ein solches Interpretationsmonopol von Religionen und Kirchen führt, zeigen uns nicht nur fundamentalistische Verirrungen des Islam in der Gegenwart, sondern auch jeder oberflächliche Blick in die eigene Kirchengeschichte. Dennoch, so Habermas, sei die weltanschauliche Neutralität der Staatsgewalt, „unvereinbar mit der politischen Verallgemeinerung einer säkularistischen Weltsicht“. Das heißt im Klartext: Die Verallgemeinerung einer säkularistischen Weltsicht ist keineswegs die Voraussetzung, sondern eine Gefährdung der weltanschaulichen Neutralität des Staates. Das mag mancher ohnehin vermutet haben. Dass man das bei Habermas nachlesen kann, der sich selbst in seiner berühmten Dankesrede bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels als einen religiös unmusikalischen Menschen beschrieben hat, werden die wenigsten erwartet haben. Weder dürfen – immer noch Habermas – säkularisierte Bürger in ihrer Rolle als

Staatsbürger religiösen Weltbildern grundsätzlich ein Wahrheitspotenzial absprechen, noch den gläubigen Mitbürgern das Recht bestreiten, in religiöser Sprache Beiträge zu öffentlichen Diskussionen zu machen. Und noch einmal Habermas im Wortlaut: „Eine liberale, politische Kultur kann sogar von den säkularisierten Bürgern erwarten, dass sie sich an Anstrengungen beteiligen, relevante Beiträge aus der religiösen in eine öffentlich zugängliche Sprache zu versetzen“.

Das vielleicht Herausragende – nach wie vor Herausragende – für diese hier gerade geforderte Übersetzungsleistung, ist die Formulierung allgemeiner Menschenrechte, die den religiösen Grundgedanken der Gotesebenbildlichkeit des Menschen – aller Menschen – in den rechtsförmigen Anspruch auf Unantastbarkeit der Menschenwürde und daraus hergeleitete Grundrechte umgesetzt haben. Was übrigens schon an dieser Stelle die Nachfrage nahe legt, wie es denn mit einer historischen Umkehrung dieses Zusammenhanges

aussehen würde. Denn richtig ist, dass unser modernes Verständnis der Grundrechte die Säkularisierung einer religiösen Überzeugung von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen ist. Welchen Bestand werden auf Dauer Grundrechte haben, wenn die ihnen zugrunde liegende weltanschauliche Überzeugung, aus welchen Gründen auch immer, in einer Gesellschaft verloren gegangen wäre.

Joseph Ratzinger, der damalige Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation, interpretiert in dem gleichen von mir angeführten Gespräch die verschiedenen Menschenrechtserklärungen als, ich zitiere ihn: „In sich stehende Werte, die aus dem Wesen des Menschseins folgen und daher für alle Inhaber dieses Wesens unantastbar sind“, weist aber zugleich darauf hin, dass die Evidenz dieser Werte keineswegs in allen Kulturen in gleicher Weise anerkannt sei. Der Islam habe seinen eigenen, vom westlichen abweichenden Katalog der Menschenrechte definiert, und

China stelle unbeschadet seiner im westlichen Kulturkreis entstandenen marxistischen Grundauffassung immer häufiger ausdrücklich die Frage, ob es sich bei den Menschenrechten nicht um eine typisch westliche Vorstellung handle, die für die eigene Gesellschaft und deren ganz eigene Kultur kritisch hinterfragt werden müsse. Sowohl die christliche als auch die abendländische Vernunfttradition sehen sich nach ihrem Selbstverständnis – so Ratzinger – als universal an, als weltgütig. Tatsächlich aber müssten sie anerkennen, Zitat Ratzinger: „Dass sie nur in Teilen der Menschheit angenommen und auch nur in Teilen der Menschheit verständlich sind“.

Wenn ich diesen damals in München geführten Dialog zweier herausragender Repräsentanten des modernen Geisteslebens, die sich übrigens bis zu diesem Termin auch nur vom Hörensagen wechselseitig kannten und nie begegnet waren, für eines der spektakulärsten Zeitdokumente halte, dann auch des-

halb, weil hier zwei überragende Persönlichkeiten unserer Zeit von ganz unterschiedlichen Herkünften zu sehr ähnlichen Schlussfolgerungen kommen. Es ist von kaum zu überschätzender Bedeutung, dass Ratzinger wie Habermas von der Kultur des christlichen Glaubens wie von der Kultur des säkularen Rationalität als den, ich zitiere, „beiden großen Kulturen des Westens“ sprechen. Deren tatsächliche Nichtuniversalität, also nicht Allgemeingültigkeit, ausgerechnet der heutige Papst ausdrücklich festhält. Unsere säkulare Rationalität, also unsere Überzeugung von Vernunft, als tragende Orientierung für Urteilsbildung und Lebensgestaltung, ist eben nicht einfach weltweit gleichermaßen als gültig anzusehen. Zitat Ratzinger: „Ihre Evidenz ist faktisch an bestimmte kulturelle Kontexte gebunden und sie muss anerkennen, dass sie als solche nicht in der ganzen Menschheit nachvollziehbar, und daher in ihr auch nicht im Ganzen operativ sein kann“. Mit anderen Worten: Die rationale, oder die ethische

oder die religiöse Weltformel auf die sich alle einigen, und die dann das Ganze tragen könnte, gibt es nicht. Jedenfalls ist sie gegenwärtig unerreichbar. Deshalb, immer noch der heutige Papst, sei es – in einer globalisierten Welt, in der die einzelnen politischen, ökonomischen und kulturellen Mächte in ihren jeweiligen Lebensräumen sich immer stärker wechselseitig berührten, durchdrängen und auch immer mehr gegenseitig aufeinander angewiesen seien – Aufgabe der Politik, keineswegs der Kirchen, Macht unter das Maß des Rechtes zu stellen und auf diese Weise ihren sinnvollen Gebrauch zu orten.

Meine Damen und Herren, im Lichte dieser Einsichten eines, wenn ich das etwas despektierlich sagen darf, aufgeklärten Philosophen und eines aufgeklärten Theologen, im Lichte dieser Einsichten ist die öffentliche Debatte in Deutschland über die normativen Grundlagen unseres demokratischen Staates und seiner Verfassungsordnung auffällig mutlos. Die sorgfältige

Vermeidung von Festlegungen korrespondiert mit dem ausdrücklichen, aber oft vordergründigen Bekenntnis zur Multikulturalität, Dialogbereitschaft und Toleranz, was immer das im Einzelnen dann aber konkret bedeuten mag. Dabei ist im Übrigen die Multikulturalität unserer Gesellschaft empirisch ebenso offensichtlich, wie die Notwendigkeit verbindlicher Regeln. Kurt Biedenkopf hat einmal gesagt: Wenn Deutschland multikulturell sei, und dennoch seine Identität nicht verlieren soll, braucht es bei allen verschiedenen kulturellen Ausprägungen einen roten Faden – eben eine Leitkultur. Man muss, meine Damen und Herren, diesen Begriff nicht mögen, der zweifellos sperrig und erklärungsbedürftig ist. Ich pflege in jeder einschlägigen Debatte darauf hinzuweisen, dass es mir am wenigsten um die Einigung auf diesen Begriff geht. Darauf müssen wir uns nicht verständigen. Aber die Debatte müssen wir führen, über die Zusammenhänge, die mit diesem Begriff für manche provozierend angesprochen sind.

Die begründeten Zweifel an diesem Begriff dürfen nicht verdrängen, dass jede Gesellschaft einen Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen braucht, ohne die auch ihre Regeln und ihre gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Dauer keinen Bestand haben. Deshalb halte ich insofern die Vermutung von Habermas für falsch, der demokratische Prozess selbst sei das einigende Band. Konsens entsteht nicht aus Prozessen und schon gar nicht erklären sich Prozesse im Sinne von Verfahrensregeln, die die Mehrheit entscheidet, unabhängig davon wie gut die Argumente einer Minderheit sein mögen. Schon gar nicht erklärt sich das aus sich selbst. Kein politisches System kann ohne kulturelles Fundament gemeinsam getragener Überzeugungen seine innere Legitimation aufrechterhalten. Allein deshalb ist die Debatte richtig und unverzichtbar. Glücklicherweise haben sich in letzter Zeit die Aussichten deutlich verbessert, dass diese viel zu lange verweigerter Diskussion jetzt endlich ernsthaft

geführt wird. Offenkundig sind in den vergangenen Jahren auch einige neue Einsichten entstanden: Heute wird beispielsweise nicht mehr, wie noch vor wenigen Jahren der richtige Hinweis auf die Multikulturalität unserer Gesellschaft mit der falschen Schlussfolgerung verbunden, dass es vollkommen gleichgültig sei, ob diese oder jene kulturelle Orientierung in dieser Gesellschaft Geltung beansprucht.

Zu lange haben wir verdrängt, dass es nicht nur eine Bereicherung, sondern zugleich eine Herausforderung für eine Gesellschaft ist, wenn unterschiedliche kulturelle Traditionen und Erfahrungen einander begegnen. Gegen eine Debatte über das, was eine Gesellschaft kulturell prägt und leitet, kann man ernsthaft nur sein, wenn man bestreitet, dass es kulturelle Differenzen gibt. Es lässt sich aber mit einem Mindestmaß an Beobachtungsvermögen beim besten, wie beim schlechtesten Willen nicht bestreiten, dass es solche kulturelle Differenzen gibt und zwar nicht ir-

gendwo weltweit, sondern bei uns in ein und der gleichen Gesellschaft. Und es wäre nicht nur unredlich, sondern hochgradig leichtfertig, diese vorhandenen Differenzen für belanglos zu halten. Der Anspruch beispielsweise auf Gleichberechtigung der Frau und der Anspruch auf Dominanz des Mannes, beides kulturell begründet, sind in ein und derselben Gesellschaft nicht realisierbar. Der Anspruch auf Trennung von Staat und Kirche, von Politik und Religion, kulturell begründet, und der Anspruch auf unmittelbare Geltung göttlichen Rechts, auch im politischen und rechtlichen Handeln, können nicht in ein und derselben Gesellschaft nebeneinander gelten. Die Freiheit der Medien, von Wissenschaft und Kunst sind kulturell vermittelt und auch deshalb bei weitem nicht so selbstverständlich, wie wir für uns gerne voraussetzen. Wir haben zu viel Zeit mit der vielleicht gut gemeinten Illusion verlorren, man könne solche fundamentalen kulturellen Differenzen auf sich beruhen lassen, statt sie zu klären. Inzwischen wird immer deutlicher,

dass keine Gesellschaft auf diese Klärung verzichten kann. Deshalb führt der richtige Hinweis auf das in Deutschland für alle hier lebenden Menschen geltende Recht nicht weiter. Nicht deshalb weil der Hinweis nicht richtig wäre, er ist richtig. Für jeden der hier lebt gilt das hier geltende Recht. Aber aus diesem richtigen Hinweis wird zu oft fälschlich geschlossen, dass damit das Thema eigentlich hinreichend abgesichert sei, wovon mit Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland eben leider keine Rede sein kann. Ganz offenkundig gibt es in unserer Gesellschaft kulturell tradierte Vorstellungen von Recht und Moral, die zu der subjektiven Legitimation führen, Konflikte in einer Weise durch Selbsthilfe lösen zu dürfen, die mit unserer Rechtsordnung völlig unvereinbar ist. Die erschreckend weit verbreitete Praxis von Zwangsverheiratungen und insbesondere die so genannten Ehrenmorde, bei denen im Übrigen schon der monströse Begriff die ethische Verirrung hinreichend zum Ausdruck bringt, als

familiäre Sanktion für vermeintlich unehrenhaftes Verhalten, machen offenkundig, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Kultur und Recht, und dass man nicht unter Hinweis auf das eine, nämlich das Recht, die Bedeutung des anderen, nämlich der Kultur, für nachrangig erklären darf. Nun wird mir in diesem Zusammenhang dann immer vorgehalten, ja aber Herr Lammert, jeder dieser Fälle wird von ordentlichen Gerichten in der gleichen Weise behandelt und selbstverständlich strafrechtlich sanktioniert. Da bin ich dann immer in der Nähe der Verzweiflung. Denn wenn genau dies der vermeintliche Ausweg aus diesem zutiefst kulturellen Konflikt sein soll, dass es eben nicht einmal mehr den Versuch der Verständigung in der Sache gibt, sondern nur noch den Verweis auf die strafrechtliche Sanktionierung vor ordentlichen Gerichten, dann ist uns kaum noch zu helfen. Mal ganz abgesehen davon, dass dieser Fall ja nicht gelegentlich, sondern in erschreckenden Fallzahlen vorkommt. Vor ordentlichen Gerich-

ten sind in Deutschland eine ganze Reihe solcher Fälle gegenwärtig anhängig. Es gibt eine beachtliche Zahl, eine beachtliche Dunkelziffer, die wie immer in solchen Fällen, nur spekulativ zu bestimmen ist, und gerade in dieser Woche war in seriösen Tageszeitungen zu lesen, dass die Anzahl der so genannten Ehrenmorde in der Türkei selbst, in den letzten Jahren bei etwa 2000 gelegen haben soll.

Gerade in einer Gesellschaft die multikulturell geprägt ist, und unsere ist zunehmend multikulturell geprägt, wird die Verständigung über gemeinsame und verbindliche Werte und Überzeugungen umso dringender. Die Vorstellung, dass alles gleichzeitig gelten könne, bedeutet im Ergebnis, dass nichts wirklich gilt. Dieses Konzept von Multikulturalität ist zweifellos gescheitert, wenn es denn je ein Konzept war. Im Verhältnis zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der muslimischen Minderheit ist inzwischen manches in Bewegung gekommen, übrigens auf beiden

Seiten. Die anrührendsten Briefe, nachdem ich die letzte Runde dieser Debatte angezettelt hatte, bekomme ich von Frauen und Männern aus einer muslimisch geprägten Herkunftswelt. Die mit zum Teil offen ausgesprochener Verzweiflung ihre Fassungslosigkeit darüber zum Ausdruck bringen, dass die Gesellschaft für die sie sich entschieden haben, weil sie hier die Freiheitsrechte finden, die ihnen zu Hause nicht und schon gar nicht verlässlich geboten werden, sich nicht mehr traut, genau diese Grundrechte als nicht disponible Bestandteile unserer eigenen Gesellschafts- und Verfassungsordnung zu reklamieren. Hier haben wir ja im Übrigen zuletzt im so genannten Karikaturenstreit manche alte und neue Erfahrung gemacht, indem einmal mehr das fundamental unterschiedliche Verständnis von Redefreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und auch übrigens ein fundamental anderes Verständnis von Toleranz deutlich geworden sind. Dennoch gehört es zu den nicht zu übersehenden und auch

nicht zu vernachlässigenden Fortschritten der jüngeren Entwicklung, dass manche Klarstellungen zunehmend aus den deutschen, muslimischen Gemeinden kommen und das Bedürfnis nach Klärung an dieser Stelle eher weniger bestritten wird, als in der großen verbleibenden Mehrheitsgesellschaft. Archaische Familiensitten und Verhaltensmuster stehen nicht mehr unter dem Tabu multikultureller Beliebtheit und schon gar nicht unter der prinzipiellen Vermutung der Fortschrittlichkeit. Auch die bemerkenswerte Übereinstimmung mit der inzwischen – das war vor fünf Jahren noch deutlich anders – Behörden, Schulkonferenzen, Vertreter von Parteien wie Bürgerinitiativen, sowohl Ausländer als auch Deutsche, die Unverzichtbarkeit der Kenntnis und Anwendung der deutschen Sprache reklamieren, ist mehr als ein nebensächlicher Beleg für die gewachsenen Einsichten bei fast allen, die sich an dieser Debatte beteiligen oder sie auch in der Vergangenheit noch verweigert haben. Übrigens die Selbst-

verständlichkeit mit der inzwischen ausnahmslos jeder die Unverzichtbarkeit von Deutsch als Verständigungsmedium für jeden, der hier dauerhaft leben will reklamiert, ist entgegen der rhetorischen Absatzbewegung der Nachweis, dass mindestens Sprache Leitkultur einer Gesellschaft sein muss. Ich werbe mit Nachdruck dafür, meine Damen und Herren, dass wir in Deutschland nicht einer der beiden großen Übertreibungen zum Opfer fallen, die es gegenwärtig weltweit zu beobachten gibt. Das ist zum einen die Anmaßung, religiöse Überzeugung mit fundamentalistischem Eifer gleichzeitig als staatliche, verbindliche Vorgaben, allgemeinverbindlich durchzusetzen. Und das ist zum anderen die Leichtfertigkeit, solche religiösen Überzeugungen für irrelevant, bedeutungslos oder belanglos zu halten. Der zweite Irrtum ist nicht weniger gefährlich als der erste aber er ist möglicherweise weiter verbreitet. Manche Intellektuelle, gerade in Deutschland, haben zu lange in richtiger Distanzierung gegenüber der ersten,

die zweite Übertreibung gefordert oder befördert.

Vielleicht hängt das ja auch mit einer doppelten Verunsicherung des modernen Menschen zusammen, die sich zugleich in der Sehnsucht nach gültigen Werten und dem Unwillen zur Bindung ausdrückt. Wenn meine Beobachtung nicht ganz falsch ist, ist dies geradezu ein typisches Merkmal des sich selbst auch für modern haltenden Zeitgenossen. Die heimliche Sehnsucht nach gültigen Werten und der demonstrative Unwille zur Bindung. Nun ist die Fähigkeit zur Bindung nicht nur Ausdruck sondern wohl auch Voraussetzung für Freiheit. So wie die Bereitschaft zum Konsens, die Voraussetzung zur Konfliktfähigkeit einer Gesellschaft ist. Eine Gesellschaft die nicht zum Konsens in der Lage ist, kann sich keine Konflikte leisten. Ohne ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit erträgt keine Gesellschaft Vielfalt. Vielfalt kann man nur haben, wenn es ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit gibt. Und Gemeinsamkeit

heißt da nicht, der jeweils einen und der jeweils anderen sondern: gemeinsame Gemeinsamkeit. Die Leitkultur der Sprache ist eine solche Voraussetzung für gelebte Multikulturalität die Verständigung ermöglicht, und damit friedliches Zusammenleben fördert. Deshalb ist eine der doofsten Alternativen der öffentlichen Debatte die Behauptung, es gehe um Vielfalt oder Identität. Das eine setzt das andere voraus. Im Grundgesetz sind für jedermann, keineswegs nur für deutsche Staatsbürger geltende Rechte und einige wenige Pflichten formuliert. Dazu gehören die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Freiheit von Wissenschaft und Kunst, Rede- und Pressefreiheit, Freiheit religiöser Betätigung usw.. Auf diese Verfassung können und dürfen wir stolz sein, dennoch reicht der gut gemeinte Appell zum Verfassungspatriotismus nicht aus – schon gar nicht als Ersatz für grundlegende Wertentscheidungen und kulturelle Orientierung. Ich nehme

immer mit einer gewissen Rührung zur Kenntnis, wie die Leute die sich mit Nachdruck und Empörung gegen den Begriff Leitkultur wenden, dann aber sozusagen als Friedensangebot sagen: „Aber wollen wir nicht über Verfassungspatriotismus reden“. Als sei das entweder was ganz anderes oder unabhängig von dem anderen zu haben. Um in diesem Zusammenhang noch mal den in soweit gänzlich unverdächtigen Jürgen Habermas zu zitieren: „Entgegen einem weit verbreiteten Missverständnis, heißt Verfassungspatriotismus“, so Habermas, „dass sich Bürger die Prinzipien der Verfassung nicht allein in ihrem abstrakten Gehalt, sondern konkret aus dem geschichtlichen Kontext ihrer jeweiligen nationalen Geschichte zu eigen machen. Wenn die moralischen Gehalte von Grundrechten in Gesinnungen Fuß fassen sollen, genügt der kognitive Vorgang nicht“, Zitat Habermas. Man kann das auch schlichter sagen: Verfassungen fallen nicht vom Himmel. Und sie werden dort auch nicht konserviert, wenn die

Zeiten auf Erden turbulent geworden sind. Die Voraussetzung jeder Verfassung ist Kultur. Verfassungen setzen in rechtlichen Ansprüchen und Verpflichtungen um, was historisch und kulturell gewachsen ist und was nicht gewachsen ist, kann auch nicht umgesetzt werden. Bestand und Wirkungsmacht können Rechte folglich nur haben, wenn ihre kulturellen Grundlagen nicht erodieren, wenn sie nicht verloren gehen. Gerade die deutsche Geschichte bietet für diesen Zusammenhang einen deprimierend deutlichen Beleg. Die Verweigerung oder Vertagung einer als lästig empfundenen Grundsatzdebatte über unverzichtbare normative Voraussetzungen unserer Rechts- und Verfassungsordnung läuft auf die bestenfalls naive Vermutung hinaus, man müsse sich ja jetzt nicht mehr um die Wurzeln kümmern, nachdem die Worte so prächtig gediehen seien.

Die anspruchsvolle und zugleich anstrengende Debatte über die Leitkultur in unserer Gesellschaft ist

nicht mehr und nicht weniger als die notwendige Selbstverständigung über ihre Grundlagen und gemeinsamen Orientierungen. Dabei geht es um die Geschichte, also historische Erfahrung, Sprache, Tradition, religiöse und weltanschauliche Überzeugung. Ein Dominanzanspruch zwischen Kulturen, also ein Überlegenheitsanspruch der einen Kultur gegenüber der anderen, verbietet sich von selbst, sowohl aus historischer Einsicht als auch aus Respekt vor dem Reichtum, den fremde Kulturen darstellen. Für die innere Konsistenz einer konkreten Gesellschaft ist die Durchsetzung eines solchen Anspruchs dagegen völlig unverzichtbar. In soweit ist jede Kultur, die sich selbst ernst nimmt, eine Leitkultur, und das was in der aktuellen weltpolitischen Auseinandersetzung an der einen Stelle, jedenfalls nach unserem Empfinden maßlos übertrieben wird, nämlich der mit fundamentalistischem Eifer betriebene intolerante Anspruch einer islamischen Kultur, neben den sich daraus herleitenden Orientierungen, andere nicht zuzulassen.

Es besteht mindestens so besorgniserregend die andere Selbstvergessenheit der kulturellen Grundlagen einer Verfassungsordnung, die beispielsweise das Toleranzgebot für eine Selbstverständlichkeit hält, ohne sich seiner kulturellen Wurzeln hinreichend zu vergewissern. Leitkultur bedeutet ja nicht, wie der evangelische Theologe Richard Schröder schon vor vier, fünf Jahren in der damals nicht zustande gekommenen Diskussion zu recht aber folgenlos bemerkt hatte, anderen Ländern deutsche Kultur aufzudrängen. Leitkultur meint schlicht und ergreifend unseren Erfahrungen, unseren Überzeugungen und Prinzipien im eigenen Land Geltung zu sichern.

Zu einer so verstandenen Leitkultur gehört auch das Verhältnis zum eigenen Land. Damit tun sich die Deutschen aus bekannten Gründen nach wie vor schwerer als alle ihre Nachbarn. Für Franzosen wie Briten, Polen wie Ungarn, Spanier wie Italiener gibt es keinen Zugang zu Europa ohne die Vermittlung

des Nationalstaats. Das wird auch sicher so bleiben. Sie sind stolz auf ihre Nationen, die sie in eine europäische Gemeinschaft einbringen, aber keineswegs in ihr aufgehen lassen wollen. Und wenn man mit Franzosen, Briten oder Polen redet, dann wird deutlich: nicht mehr und nicht weniger erwarten sie auch von ihren deutschen Nachbarn. Eine letzte Bemerkung zu nationaler Identität: Identitäten brauchen Symbole, das gilt für Gemeinschaften, übrigens im familiären Bereich genauso wie im nationalen, nicht anders als für Personen. Nationale Symbole sind in der Regel der sympathische Ausdruck für das Selbstverständnis eines Landes. Aber sie dürfen nicht Ersatz für die Verständigung über die eigene Grundüberzeugung sein. Wenn sie Zeichen sind für etwas, was als Substanz dahinter steht, dann sind sie richtig und wichtig. Aber wenn sie an die Stelle einer nicht mehr vorhandenen Substanz treten sollen, dann werden sie hohl und in vielen Fällen nur noch peinlich. Auch Patriotismus setzt offenkun-

dig Kultur voraus. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Ich möchte zum Schluss gerne noch mal die Eingangsbemerkungen über den denkwürdigen Dialog zwischen Jürgen Habermas und Joseph Ratzinger aufgreifen. Wenn ich die Frage nach den herausragenden Merkmalen der europäischen Kultur nur mit einem einzigen Begriff bezeichnen müsste, würde ich das zunächst natürlich als Zumutung zurückweisen, aber wenn hartnäckig darauf bestanden würde, dann wäre es der Zweifel. Seit der Aufklärung steht hinter dem Anspruch auf absolute Wahrheit in dieser europäischen Kultur nicht der Punkt, sondern das Fragezeichen. Die Verbindung von Vernunft und Glauben, von Ratio und Religion, als korrespondierend, das heißt auch sich wechselseitig relativierende Prinzipien verantwortlichen Handelns, ist ein unaufgebbarer aber keineswegs gesicherter Fortschritt der Zivilisation. Dieses Leit-

bild offensiv zu vertreten ist nicht nur erlaubt sondern geboten und als Leitkultur in Deutschland allemal.

Ich bedanke mich bei ihnen für die Geduld, sie haben wahrscheinlich auch schon einmal einfachere Vorträge gehört, aber der Zustand der Welt ist nicht so simpel, wie manche Talkshows vermuten lassen, und wenn sie das Bedürfnis nach einer Talkshow gehabt hätten, hätten sie ohnehin andere Referenten eingeladen.

KOLPING IN 12 SÄTZEN

Wir laden ein und machen Mut zur Gemeinschaft.

Wir handeln im Auftrag Jesu Christi.

Wir nehmen uns Adolph Kolping zum Vorbild.

Wir sind in der Kirche zu Hause.

Wir sind eine generationenübergreifende familienhafte Gemeinschaft.

Wir prägen als katholischer Sozialverband die Gesellschaft mit.

Wir begleiten Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Bildung.

Wir eröffnen Perspektiven für junge Menschen.

Wir vertreten ein christliches Arbeitsverständnis.

Wir verstehen uns als Anwalt für Familie.

Wir spannen ein weltweites Netz der Partnerschaft.

Wir leben verantwortlich und handeln solidarisch.

Herausgeber

Kolpingwerk Deutschland
Kolpingplatz 5-11
50667 Köln
pr@kolping.de
www.kolping.de

Redaktion

Heinrich Wullhorst

V.i.S.d.P.

Ulrich Vollmer

Gestaltung

VON DIRK kommunikation & design
www.vondirk.de

Druck

impress media GmbH
www.impress-media.de

Auflage

1.000 Exemplare

Köln, Dezember 2008

BISHER ERSCHIENEN

Band 1 Arbeit neu begreifen –

Sozialpolitisches Grundlagenpapier des Kolpingwerkes
Deutschland

Band 2 Kölner Gespräche 2006 –

„Verfassungspatriotismus und Leitkultur“

